

Vor allem die Parteigänger von Prevals Hoffnungspartei, die die Mehrheit im Senat hat, versuchten in den letzten Wochen der Regierungschefin das Leben schwer zu machen. Warum? Darüber gehen die Vermutungen auseinander, denn seit Pierre-Louis' Amtsübernahme funktioniert das Regierungsgeschäft mehr oder minder, kehrte in Haiti ein wenig politischer Alltag ein. Aber den partikulären Interessen der Mitglieder des haitianischen Abgeordnetenhauses und des Senats zeigte sich Michèle Pierre-Louis wenig geneigt. Sie stellte sich taub für Spezialwünsche des einen Deputierten, der mehr Geld für seine Provinz reklamierte, und war nicht gewillt, den Forderungen eines anderen Senators nachzukommen, der Finanzspritzen für seine Klientel reklamierte. Diese Abgeordneten verstehen ihr Amt mehr als Regionalfürsten, die sich darum kümmern, dass finanzieller Segen in ihre Wahlbezirke fließt, wobei sie oft versuchen, das Geld auf ihre eigenen Konten buchen zu lassen. Macht in der Regierung zu bekommen, heißt in Haiti nach wie vor, Zugriff auf die

VON HANS-ULRICH DILLMANN

von 1,2 Milliarden US-Dollar. Dass die Frau an der Regierungsspitze die allgemeine Anerkennung der internationalen Hilfsorganisationen genoss und UN-VertreterInnen im Vorfeld des Misstrauensvotums vor einer erneuten Unregierbarkeit des Landes warnten, hat, wie informierte diplomatische Kreise in Port-au-Prince bestätigen, die Ablehnung der Parlamentarier noch verstärkt. Die SenatorInnen forderten Rechenschaft über die Verwendung von Geldern aus einem Nothilfefonds in Höhe von 197 Millionen US-Dollar (rund 130 Millionen Euro), der nach den schweren Überschwemmungen im vergangenen Jahr eingerichtet worden war. Ein Machtspiel. Aber Pierre-Louis weigerte sich, vor dem Senat zu erscheinen, und provozierte damit indirekt das Misstrauensvotum. Die Entscheidung, sie zu entlassen, stehe bereits fest, verteidigte sie die Missachtung der ParlamentarierInnen. Möglicherweise befürchteten jedoch einige der Abgeordneten, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen eine untadelige Konkurrentin zu bekommen. Aber eher scheint es, dass die „VolksvertreterInnen“ im Senat sich den Ast abgesägt haben, auf dem sie durchaus

## Die Rache der Provinzfürsten Haitis Senat stürzt Regierungschefin Michèle Pierre-Louis

**Nach nur 13 Monaten wurde die bisherige haitianische Ministerpräsidentin Michèle Pierre-Louis vom Senat gestürzt. Staatspräsident René Preval beauftragte Planungsminister Jean Max Bellerive mit der Bildung einer neuen Regierung. De facto ist der 62-Jährigen ihre Effizienz im Regierungsgeschäft zum Verhängnis geworden. International war die Wirtschaftswissenschaftlerin zwar anerkannt wegen ihrer Zuverlässigkeit und ihrer kompromisslosen Haltung gegenüber Korruption, die Mitglieder des aus zwei Kammern bestehenden haitianischen Parlaments verfolgten ihre Regierungspolitik jedoch mit zunehmender Ablehnung. Nach einer turbulenten Sitzung enthoben 18 der 29 SenatorInnen bei einem Misstrauensvotum Ende Oktober die Ministerpräsidentin ihres Amtes und entließen auch die Regierungsmitglieder. Die Mehrzahl gehört der Regierungspartei *Lespwa* (Hoffnung) von Staatspräsident René Preval an.**



derzeit noch kräftig fließenden Hilfsgelder zu bekommen. Seit dem Amtsantritt von Pierre-Louis stieg die Summe der Unterstützungslieferungen und -zahlen an. Im Juni erließen die Gläubiger dem „Land der Berge“ Schulden in Höhe

nicht ärmlich gekleidet sitzen. UN-Kreise bezeichneten die Absetzung als einen schweren Rückschlag bei dem Versuch, das Land politisch, wirtschaftlich und sozial zu stabilisieren. Bill Clinton, der von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zum Sondergesandten ernannt wurde, hatte erst Anfang Oktober 400 einheimische und 200 ausländische Unternehmer zu einem Kongress geladen, um über Zukunftsinvestitionen im Land zu debattieren. Die Zeichen standen auf Optimismus. Und der Washingtoner Kongress hatte erst vor kurzem dem Land wieder Vorzugsbedingungen im Textilexport eingeräumt. Nicht zuletzt die Ex-Regierungschefin hatte für Vertrauen im Ausland gesorgt. Aber schon vor ihrer Wahl war Michèle Pierre-Louis umstritten, ihre Berufung zur Ministerpräsidentin von heftigen Diskussionen begleitet. Evangelikalen Kreisen nahestehende Parlamentarier denunzierten die damalige Chef der Nichtregierungsorganisation „Stiftung für Wissen und Freiheit“ (*Fondasyon Konesans Ak Libete* – FOKAL) als Lesbe und lehnten eine Berufung an die Spitze der Regierung wegen deren „unmoralischem Lebenswandel“ ab. Erst nach langen Debatten gelang es, eine parlamentarische Mehrheit sowohl in der Unter- als auch in der Oberkammer des haitianischen Parlaments für die enge Vertraute von Staatspräsident René Preval zu erreichen. Aber schon damals war klar, dass die ParlamentarierInnen der ungeliebten Ministerpräsidentin die Rechnung präsentieren würden. Der Vorgänger von Pierre-Louis, Jacques-Edouard Alexis, war im April 2008 vom Parlament nach „Hungerrevolten“ aufgrund der hohen Lebensmittelpreise gestürzt worden. Nach wie vor leben rund zwei Drittel der rund neun Millionen EinwohnerInnen der Karibikrepublik unterhalb der Armutsgrenze. Im Armenhaus Lateinamerikas sind seit dem Sturz von Ex-Staatschef Jean-Bertrand Aristide Anfang 2004, der im südafrikanischen Exil lebt, mehr als 9000 UN-Soldaten und -Polizisten stationiert. ♦